

Für den Einzelnen kann Covid-19 gefährlich sein. Aber besteht wirklich eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“? Ist die dauerhafte Einschränkung, ja die Aussetzung von Grundrechten für viele Millionen Bürger gerechtfertigt? Die Lage ist ernst. Die Widerstandskraft unserer Gesellschaft schwindet, Angst und Irrationalität breiten sich weiter pandemisch aus und begraben jede Vernunft unter sich. Von der Politik instrumentalisiert, ist Corona von einem biologischen zu einem systemischen Problem geworden: dem Staatsvirus. Höchste Zeit für eine schonungslose Analyse und die Entwicklung einer wirkungsvollen Therapie.

 ACHGUT EDITION

Achgut.com
ISBN 978-3-9819755-9-8
19,00 € (D) / 19,50 € (A)



9 783981 975598

 GUNTER FRANK DER STAATSVIRUS

Gunter Frank

DER STAATSVIRUS

Ein Arzt erklärt, wie die
Vernunft im Lockdown starb



Kapitel 10 Die Panikstrategie der Regierung

Ein Land in unserer Fantasie

Im Februar 2020 wurden in sozialen Medien immer häufiger Interviews mit Betroffenen und kleine verwickelte Filme unklarer Herkunft über die apokalyptisch erscheinenden Zustände aus Wuhan und Bergamo verbreitet. Überquellende Krankenhäuser, erschöpftes und verzweifertes Klinikpersonal, Menschen, die auf offener Straße umfielen, fluteten Facebook, Twitter, YouTube und ab März auch die etablierten Medien. Modellrechnungen sagten exponentiell nach oben schießende Horrorkurven und viele Millionen Tote voraus. Besonders einflussreich war ein alarmierendes Computermodell, das ein Team des Imperial College London unter der Leitung des Physikers Neil Ferguson veröffentlichte und monatelange strenge soziale Distanzierung empfahl. Das muss auch die deutsche Politik sehr beeindruckt haben, denn im März erfolgte ein radikaler Schwenk in ihrer Einschätzung der kommenden Pandemie. Vorher kommentierte man die Lage recht entspannt. Gesundheitsminister Spahn, flankiert von den Professoren Wieler und Drosten, sah lediglich das Gefahrenpotential einer normalen Grippewelle.

Wer nun glaubt, dass unsere Regierung in einer solchen Situation versuchen würde, solide und belastbare Informationen zu sammeln, um dann mit einem interdisziplinären Expertenteam die Lage zu bewerten, der glaubt an ein professionelles Vorgehen, so wie es sein sollte. Schließlich hat die Regierung Möglichkeiten, die die Millionen anderen Empfänger solcher Katastrophenmeldungen nicht haben: Konsulate und Botschaften vor Ort, einen Geheimdienst, eine KM-Abteilung im Bundesinnenministerium (KM für Krisenmanagement), die mit ihren sechs Referaten und ca. 60 Mitarbeitern dazu da ist, Katastrophenszenarien realistisch einzuschätzen und Schutzmaßnahmen zu entwickeln. Außerdem kann die Regierung für ihre fachliche Beratung nicht nur auf das Robert-Koch-Institut, Virologen und Modellrechner zurückgreifen, sondern auch auf das BBK (das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das als

nachgeordnete Behörde des BMI diesem unmittelbar zuarbeitet) und hunderte weitere exzellente Experten verschiedenster Fachgebiete.

Epidemiologen, Geriater, Pflegewissenschaftler, Infektiologen, Lungenärzte, Psychologen, Hausärzte und viele mehr stammen aus Fachrichtungen, deren Wissen für ein gutes Corona-Pandemiekonzept unverzichtbar ist. Ihre wissenschaftlichen Vertretungen haben in den letzten Jahrzehnten in langen, mühsamen Kämpfen Qualitätskriterien durchgesetzt, die dann in Form von sogenannten evidenzbasierten Behandlungsleitlinien wichtige Verbesserungsprozesse eingeleitet haben. Das funktioniert aber nur, wenn die Regeln guter Wissenschaft eingehalten werden. Zum Beispiel die Bewertung der Studienqualität durch eine Art Studien-TÜV (Evidenzbasierte Medizin), mit dem sich die Aussagekraft von Studien einordnen lässt. In einer modernen Medizin geben nicht mehr Platzhirsche vor, was zu tun ist, sondern dies wird interdisziplinär in einem klar geregelten, sachlichen Streit herausgefunden. Medizin ist heute zu komplex, um von einer Person überblickt zu werden, die dann aus der Hüfte Schnellschüsse von sich gibt. Dieser Weg hat die Medizin in den letzten Jahren entscheidend verbessert.

Wenn Politik in ihren Entscheidungen auf solche Standards setzt, dann werden Lösungen gefunden mit gutem Nutzen und möglichst kleinem Schaden. Fehlleistungen wie etwa die ungesicherte Zulassung des Schlafmittels Contergan mit seinen schrecklichen Folgen sind dann nicht mehr möglich. Aufbauend auf belastbaren Informationen hätte ein solches interdisziplinäres Team in Sonderschichten ein tragbares Maßnahmenkonzept erarbeitet. Zusätzlich wären sofort repräsentative Stichprobenstudien eingerichtet worden, um diese Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit und ihr Nebenwirkungspotential regelmäßig zu überprüfen und sie entsprechend anzupassen. All das ist kein Hexenwerk, sondern eine wohlbekannt und gut etablierte Vorgehensweise in der Medizin.

Frau Prof. Ingrid Mühlhauser, Internistin und Gesundheitswissenschaftlerin aus Hamburg, beispielsweise ist in Deutschland die erste Adresse für die Erarbeitung einer kompetenten, medizinischen Risikokommunikation. Doch niemand meldete sich bei ihr. Sie hätte darauf hingewirkt, dass die Bevölkerung vernünftig und nachprüfbar auf die Pandemie vor-

bereitet worden wäre. Zahlen wären in einen Kontext gestellt worden, so dass ein mündiger Bürger das Bedrohungspotential selbst hätte einschätzen können. Man hätte Respekt vor der neuen Erkrankung vermittelt und damit eine nachhaltige Motivation, sich an Regeln zu halten. Auf Panik jedoch setzt kein professionelles Krisenmanagement. Auch wenn man damit argumentiert, dass die Bürger die Bedrohung ansonsten auf die leichte Schulter genommen hätten, ist eine angsterzeugende Informationsstrategie nie eine gute Idee. Denn wenn es in einem Saal lichterloh brennt, ist Panik das Letzte, was man auslösen sollte. In Angst und Schrecken versetzte Menschen reagieren irrational und verstopfen dann die Ausgänge. Wer hingegen Menschen überzeugen will, sich geordnet und verantwortlich zu verhalten, muss Vertrauen schaffen. Und das bedeutet vor allem: Vertrauen in die Seriosität der Informationsweitergabe.

So hätte ein vernunft- und kompetenzgesteuertes Vorgehen im Rahmen einer drohenden Krise ausgesehen. Ein Vorgehen in einem Land, welches leider nur in unserer Fantasie existiert. Denn man ging anders vor, ganz anders.

Das rätselhafte „Geheimpapier“

Die Regierung setzte seit Mitte März 2020 auf die Verbreitung von irreführenden Panikzahlen. Die Grundlage dieser Strategie bildet ein 17-seitiges Papier des Bundesinnenministeriums mit dem Titel „Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen“. Dieses Papier wurde ab dem 18. März an weitere Ministerien sowie das Bundeskanzleramt mit dem Stempel „Geheim“ verteilt. In diesem Papier beschwört man schlimmste Auswirkungen der Pandemie, mit einem „Worst-Case-Szenario“. Wörtlich steht darin, man rechne mit „über einer Million Toten im Jahre 2020 – für Deutschland allein... wenn nichts getan wird“. Die Kennzeichnung als „Geheimpapier“ ist jedoch eher als Marketingmaßnahme zu verstehen, denn gleichzeitig wurde dieses Papier gezielt an ausgewählte Redakteure weitergeleitet. So ließ DER SPIEGEL unverzüglich über die schrecklich klingenden Inhalte wissen: „In einem Worst-Case-Szenario beschreiben die Wissenschaftler, was passiert, wenn der Staat gegen die Corona-Epidemie nur wenig unternimmt, etwa nur Großveranstaltungen verbietet und Reisetätigkeiten einschränkt.“

Dadurch „wären bald 70 Prozent der Bevölkerung infiziert, mehr als 80 Prozent der Intensivpatienten müssten von den Krankenhäusern abgewiesen werden, die Todeszahlen in Deutschland überstiegen die Millionengrenze“. Die angeblich geheime Kommandosache war letztlich eine erfolgreiche PR-Aktion, um effektiv Angst zu verbreiten.

Damals wie heute war klar, dass diese Annahmen haltlos übertrieben waren. Nichts in diesem Papier deutet darauf hin, dass ihm ein sorgfältiger Erkenntnisprozess zugrunde lag, so wie es auf den vorangegangenen Seiten beschrieben wurde. Stattdessen gaben ganz offensichtlich einseitig von Panik geradezu elektrisierte Autoren den Ton an. Doch wie kam dieses Papier eigentlich zustande?

Panik auf Bestellung

Was Sie nun lesen, hätte ich bis vor kurzem nicht für möglich gehalten. In meiner Tätigkeit für Fachverbände und als Buchautor habe ich schon viel Wissenschaftsmisbrauch erlebt und beschrieben. Aber der folgende Vorgang übersteigt dann doch den üblichen Rahmen, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Es geht um die Entstehungsgeschichte dieses „Geheimpapiers“ aus dem Bundesinnenministerium (BMI), die der Rechtsanwalt Niko Härting im Januar 2021 aufdeckte. Er erstritt nach mehrmonatigen rechtlichen Auseinandersetzungen die Offenlegung eines 200 Seiten starken internen Schriftverkehrs zwischen der Führungsebene des Ministeriums und ausgewählten Forschern. Die Welt am Sonntag berichtete im Februar 2021 in zwei Beiträgen darüber.

Die Korrespondenz zeigt, wie das BMI Wissenschaftler dafür einspannte, Textbausteine für ein Strategiepapier zu erstellen, das die Bedrohungen durch Corona in den grellsten Farben ausmalen sollte. Konkret bat Staatssekretär Markus Kerber darum, ein Modell zu erarbeiten, auf dessen Basis „Maßnahmen präventiver und repressiver Natur“ geplant werden könnten. Die eigenen Möglichkeiten, eine solche Krisenanalyse durch die spezialisierten Beamten der Abteilung Krisenmanagement (KM) zu begleiten, ließ man links liegen. Man hatte ganz offensichtlich gar kein Interesse daran, die aufkommenden Panikmeldungen auf ihre Substanz hin zu überprüfen. Stattdessen vergab man eine Auftragsforschung, deren Er-

gebnis schon im Auftrag festgelegt wurde. Dazu wählte das BMI bewusst Forscher aus, die das Spiel bereitwillig mitspielten. Sie lieferten nach vier Tagen die bestellten Ergebnisse, aus denen dann mit heißer Nadel das „Geheimpapier“ im Ministerium gestrickt wurde.

Aktivistinnen und China-Fans entwerfen Deutschlands Pandemie-Strategie

Federführend war beispielsweise der 52-jährige Germanistik-Doktorand Otto Kölbl, der an der Universität Lausanne als Prüfer von Sprachtests angestellt ist und zuvor auch schon als Sprachlehrer in Zentralchina gearbeitet hatte. Gegenüber der Welt am Sonntag bestätigte Kölbl, die erste Fassung dieses Papiers selbst verfasst zu haben. In seinem Blog bezeichnete sich Kölbl als „Member of German Interior Min. Covid-19 task force“. Doch was qualifizierte ihn dafür? Etwa seine Analysen, die er in sozialen Netzwerken verbreitet, wie zum Beispiel folgende: „Mao ist an die Macht gekommen in einem Land, in dem die hochkultivierte intellektuelle Elite vorher uneingeschränkt herrschte (...) dann schickte Mao die Intellektuellen Klo putzen, und das Land entwickelte sich, während es vorher der ‚Kranke Mann Asiens‘ war“. Seine Beiträge widmet er gerne auch den Mitstreitern auf Twitter und Facebook gegen die neuen Ultra-Rechtsliberalen.“

Wenig Begeisterung für dieses Engagement zeigte sein Arbeitgeber, die Universität Lausanne, doch Staatssekretär Markus Kerber setzte sich persönlich für Kölbl ein. Er schrieb nach Lausanne, Kölbl habe „durch seine Mitarbeit bisher schon enorm wichtige Impulse setzen können (...). Ich wäre Ihnen allen sehr verbunden, wenn Herr Kölbl auch weiterhin mit seinen wissenschaftlichen Erfahrungen einen Beitrag leisten dürfte.“ Dave Lüthi, Uni-Dekan aus Lausanne, hielt dies zunächst für einen Scherz.

Zwei Wochen bevor das Bundesinnenministerium Otto Kölbl in den Expertenrat berief, verfasste er zusammen mit dem Politikwissenschaftler Maximilian Meyer, der früher an der University of Nottingham Ningbo China und heute an der Uni Bonn lehrt, ein Papier mit dem Titel „Von Wuhan lernen – es gibt keine Alternative zur Eindämmung von Covid-19“, in dem beide einen streng autoritären Lockdown dringend empfehlen. Dieses Papier wurde in die Regierungskanäle Deutschlands und Öster-

reichs gestreut und scheint das BMI beeindruckt zu haben. Die Welt am Sonntag schreibt: „Mitte März meldete sich dann das BMI bei Meyer und Kölbl und berief die Exoten in die Expertengruppe, die Deutschlands Weg durch die Pandemie vorzeichnen sollte.“ Staatssekretär Kerber schien mit deren Arbeit jedenfalls sehr zufrieden zu sein. Per E-Mail bestätigte er, das Dokument sei sehr gut angekommen, und wird in seiner hohen Qualität und Umsicht nun den Weg ins Krisenkabinett der Bundesregierung finden.“

Der Beginn des Meinungskartells

Auf diese „infektiologisch-medizinische“ Kompetenz setzte Horst Seehofers Ministerium, um die Vorgehensweise in der bisher schwersten Herausforderung der Bundesrepublik Deutschland festzulegen. Niemals hätte das mitbeteiligte Robert-Koch-Institut diesem unwürdigen Treiben zustimmen dürfen. Da es die RKI-Leitung unterließ, dagegen zu protestieren, fällt diese folgenschwere Fehlleistung auch auf sie zurück. Die zentrale Bedeutung dieses Papiers besteht darin, dass es die „wissenschaftliche“ Basis für die Feststellung einer epidemischen Lage nationaler Tragweite bildet und damit für alle tief in die Grundrechte eingreifenden Schutzmaßnahmen. Ich möchte diesen Vorgang gar nicht weiter bewerten. Lieber zitiere ich zwei Personen, die es an Deutlichkeit nicht mangeln lassen:

Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) schrieb dazu: „Das Bundesinnenministerium unter Horst Seehofer hat im Frühjahr 2020 auf Forscher eingewirkt, um eine Rechtfertigung für harte Corona-Maßnahmen zu erhalten. Solche Mittel, die Angst in der eigenen Bevölkerung auslösen sollen, gehören eigentlich zum Instrumentenkasten autoritärer Staaten. Der Eindruck muss entstehen, dass die Bundesregierung die ordentlichen demokratischen Wege als nicht mehr ausreichend ansieht, um ihre Corona-Politik durchzusetzen. Und es weckt zugleich Zweifel an der Seriosität der beteiligten Wissenschaftler, unter anderem vom Robert-Koch-Institut, die sich für diese Zwecke vor den Karren spannen ließen. Es wird Zeit, dass diese Regierung abgelöst wird.“

Noch deutlicher wird der ehemalige Richter am Bundesgerichtshof Stefan Leupertz: „Gefährlich wird die Lage, wenn der Staat beginnt, schon die Generierung der Informationen und ihre Interpretation durch dann eben nicht mehr unabhängige Experten zu organisieren. Genau das ist hier geschehen. Das

BMI hat ersichtlich und am Ende mit großem Erfolg versucht, ein Informations- und Meinungskartell zu organisieren, das es den politischen Entscheidungsträgern in schwieriger Lage ermöglicht, durch eine Politik der Angst Entscheidungskompetenz auch ohne belastbare sachliche Rechtfertigung zu erlangen.“

Irritierendes Menschenbild

S. 70

Schauen wir uns einzelne Passagen aus diesem „Geheimpapier“ genauer an. Zum Beispiel Seite 1 unter „was ist zu tun?“

„Kommunikation: Der Worst Case ist mit allen Folgen für die Bevölkerung in Deutschland unmissverständlich, entschlossen und transparent zu verdeutlichen.“

„Und wie soll das bewerkstelligt werden?“ Die Anleitung folgt:

„Um die gewünschte Schockwirkung zu erzielen, müssen die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung auf die menschliche Gesellschaft verdeutlicht werden:

1) Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Ersticken oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen eine Urangst. Die Situation, in der man nichts tun kann, um in Lebensgefahr schwebenden Angehörigen zu helfen, ebenfalls. Die Bilder aus Italien sind verstörend.

2) „Kinder werden kaum unter der Epidemie leiden“. Falsch. Kinder werden sich leicht anstecken, selbst bei Ausgangsbeschränkungen, zum Beispiel bei den Nachbarskindern. Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, schuld daran zu sein, weil sie zum Beispiel vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.

3) Folgeschäden: Auch wenn wir bisher nur Berichte über einzelne Fälle haben, zeichnen sie doch ein alarmierendes Bild. Selbst anscheinend Geheilte nach einem milden Verlauf können anscheinend jederzeit Rückfälle erleben, die dann ganz plötzlich tödlich enden, durch Herzinfarkt oder Lungenversagen, weil das Virus unbemerkt den Weg in die Lunge oder das Herz gefunden hat. Dies mögen Einzelfälle sein, werden aber ständig wie ein Damoklesschwert über denjenigen schweben, die einmal infiziert waren.“

Ich finde das autoritäre Menschenbild erschreckend, das hinter solchen Aussagen steckt. Es soll Menschen durch Angst gefügig machen. Und doch war es das Leitbild, demzufolge die Regierung und das Robert-Koch-Institut fortan die Bevölkerung über die Corona-Lage informierten.

Die Bevölkerung war chancenlos

Alle nachfolgenden Regierungsverlautbarungen, Bundespressekonferenzen, RKI-Berichte und fast die komplette Medienberichterstattung von der Tagesschau über das heute-journal und Deutschlandradio bis zu den allermeisten Tageszeitungen lassen seitdem der Bevölkerung keine Chance, durch Vergleiche und Einbettung der Zahlen die neue Corona-Infektion selbst realistisch einzuordnen – und ihr damit auch den Schrecken zu nehmen.

Stattdessen inszeniert man die täglichen Corona-Todeszahlen als Bedrohung für die Gesellschaft, verschweigt aber, dass sie überwiegend Teil des ganz normalen Sterbegeschehens eines 83-Millionen-Landes mit täglich ca. 2700 Todesfällen sind. Lediglich im Dezember 2020 und Januar 2021 wurden insgesamt leicht erhöhte Todeszahlen erreicht, ähnlich wie im März 2018. Im Frühjahr 2021 dagegen starben insgesamt täglich weniger Menschen als üblich, trotz der Corona-Toten.

Weitere Zahlen, die die Corona-Meldungen in ein realistisches Bild gerückt hätten, sind zum Beispiel die 660.000 Lungenentzündungen, an denen Patienten in Deutschland jedes Jahr erkranken und von denen ca. 300.000 im Krankenhaus behandelt werden müssen. Jährlich sterben 40.000 Menschen daran. Oder auch die ca. 400.000–600.000 Menschen, die sich in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen mit einer nosokomialen Infektion anstecken. Ursache sind meist multiresistente Krankenhauskeime, die dann alle möglichen Krankheiten auslösen, von der Blasenentzündung bis zur Pneumonie. 10.000–20.000 Menschen sterben jedes Jahr daran, und zwar meist in Zusammenhang mit schweren Vorerkrankungen, derentwegen sie ursprünglich ins Krankenhaus eingewiesen wurden. Die höchsten Ansteckungsraten gibt es dabei auf Intensivstationen. Deutschland liegt hier übrigens über dem EU-Durchschnitt. In Ländern wie Italien oder Frankreich sind diese in den Krankenhäusern

nosokomiale Infektionen/Hospitalismus

selbst erworbenen Infektionen ein noch viel größeres Problem. Nicht dass dies beruhigend wäre, es gibt definitiv bezüglich Krankenhaushygiene deutliches Verbesserungspotential. Doch die außergewöhnliche Bedrohung durch die neue Corona-Infektion relativiert sich im Vergleich dazu recht schnell.

"Lombardei"

Bergamo und Massengräber

Äußerst hilfreich für die Bürger wäre es auch gewesen, hätte die Politik die medialen Schreckensberichte beispielsweise zu Bergamo oder New York nicht unkritisch übernommen, sondern diese sensationsheischenden Horrormeldungen anhand der Realität eingeordnet. Bergamo beispielsweise ist eine katholische Stadt. Üblich sind Erdbestattungen. Es gibt nur wenige Krematorien, weil Feuerbestattungen die Ausnahme sind. Da jedoch die Behörden im Rahmen der Corona-Pandemie die sofortige Verbrennung aller Leichen anordnete, musste es zu einem Stau der Särge und einer Verteilung in die Krematorien anderer Städte kommen. Doch dieser Transport wurde medial zum Horror umgedeutet.

Die überforderten Notaufnahmen in Madrid oder New York sind ein Problem der dortigen, viel schlechter ausgestatteten Gesundheitssysteme, die jeden Winter an ihre Grenzen geraten. Als im April Drohnenbilder der Corona-Massengräber auf Hart Island die Panik anheizten, hätte man auch erwähnen können, dass es üblich ist, mittellose Verstorbene aus New York dort zu bestatten. Und dies auch immer wieder in hoher Zahl, aufgrund der jährlichen, mehr oder weniger schweren Grippewellen.

Zu keinem Zeitpunkt wurde durch realistische Vergleiche und Einbettung in Gesamt- und Vorjahreszahlen solide informiert. Wobei informieren das falsche Wort ist. Die ständige irrationale Behauptung, alles sei außergewöhnlich schlimm und das Schlimmste stehe uns noch bevor, die Todeszahlen stiegen rasant, und wenn nicht, dann würden sie es noch tun, ist reine Angstpropaganda. Sie geschieht nicht nur aus Unfähigkeit, sondern auch mit Vorsatz, wie es die aufgedeckten Vorgänge um die Entstehungsgeschichte des „Geheimpapiers“ aus dem BfM belegen.

5,70
73,7M